

DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

THEMA DER WOCHE

Die Zeichen stehen
auf Start in Brüssel

EU-Ziellosigkeit
bei zu vielen
Querschnittszielen

Mehr Länder-
verantwortung und
mehr Förderregionen
in Deutschland

Strukturpolitik
konzentrieren

Strukturpolitik am Scheideweg: Ziel nicht aus den Augen verlieren!

■ Für 450 verschiedene Programme der 27 Mitgliedstaaten zahlt die EU-Strukturförderung bis 2013 Gelder – insgesamt immerhin mehr als 347 Milliarden Euro. Deutschland bekommt allein 26 Milliarden Euro. Für die laufende Förderperiode von 2007 bis 2013 hat die Kommission dabei erstmalig erhebliche Mittel zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wachstum („Lissabon-Ziele“) angekündigt. Als Beispiel für diese Neuausrichtung gelten Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Mit mehr als 86 Milliarden Euro von 2007 bis 2013 machen diese rund 24 Prozent aller Strukturmittel aus, nach 16 Prozent im Zeitraum 2000 bis 2006. So weit so gut! Bis 2013 sind die Weichen gestellt. Doch schon jetzt beginnen die Diskussionen in Brüssel, wie die Strukturpolitik ab 2014 aussehen soll. Und das scheint in eine etwas andere Richtung zu laufen...

■ In diversen Runden befragt die EU-Kommission die nationalen Regierungen, Wirtschaft und alle Bereiche der Gesellschaft: Was sind die Herausforderungen der Zukunft für die Strukturpolitik? Häufige Antworten sind: Klimaschutz, demografischer Wandel, Chancengleichheit von Frauen und Männern, Globalisierung und steigende Energiepreise. Viele Stimmen fordern, ab 2014 verstärkt Projekte in diesen Handlungsfeldern mit Strukturgeldern zu fördern. Der DIHK warnt vor Ziellosigkeit: Bei aller notwendigen Weiterentwicklung und Anpassung an die zukünftigen Herausforderungen in den Regionen, sollte das ursprüngliche Ziel der Strukturpolitik dabei nicht aus den Augen verloren werden: Selbsttragendes Wachstum vor allem in den schwächsten Regionen anzuregen!

■ Auch auf nationaler Ebene tut sich Einiges: Insgesamt stellen Bund und Länder gemeinsam mehr als 1 Milliarde Euro jährlich zusätzlich zu den EU-Geldern zur Verfügung. Ab 1. Oktober 2008 erhalten die Bundesländern dabei mehr Flexibilität und Verantwortung durch „Experimentierklauseln“: Sie können künftig bis zu 10 Millionen Euro pro Jahr eigenverantwortlich für innovative strukturpolitische Maßnahmen einsetzen. Aus Sicht der IHK-Organisation eine richtige Entscheidung, denn den regionalen Entwicklungsbedarf kennen die Akteure vor Ort am besten. Eine weitere Neuerung: Strukturschwache ländliche Gebiete in den alten Bundesländern sollen verstärkt unterstützt werden, um dort vorhandene Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zu mobilisieren. Wichtig aber auch: So nachvollziehbar die Wünsche einzelner Regionen nach Unterstützung sind, klar ist, dass andere Regionen ohne Förderung auskommen müssen und sich über Steuergelder am Gesamttopf für die anderen beteiligen. Diese Tatsache darf ebenfalls nicht aus den Augen verloren werden.

■ Die Strukturpolitik wird den zukünftigen Herausforderungen für die Wirtschaft in Europa und Deutschland nicht durch einen immer breiteren Zielkatalog, sondern durch eine Konzentration auf ihre Kernaufgaben am ehesten gerecht. Der Ausbau von Infrastruktur und die Förderung von Innovationen stimuliert in den schwächsten Regionen Wachstum – und legt damit das Fundament für die Zukunft. Letztlich gilt jedoch für alle Regionen: Nur eine konsequent verfolgte Reformpolitik in den Bereichen Arbeitsmarkt, Unternehmenssteuern und Sozialversicherungen erlaubt eine größere Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen an zukünftige Herausforderungen.